Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Begr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags
Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig)
Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin Gevelsberg
Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49.
Fernsprecher Nr. 58 Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg
Postscheckkonto Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 4 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) — Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 151 — Mittwoch den 29 Juni 1921. — 44. Jahrgang

Regierungskrisis.

Verlängerung der Reichstagssession.

Berlin, 28. Juni. Mit großer Ueberraschung ist im Reichstage die Nachricht aufgenommen worden, daß die Sitzungen doch noch bis in die nächste Woche und vielleicht noch darüber hinaus ausgedehnt werden sollen, und zwar auf den ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hin. Die Regierung wünschte, daß noch unter allen Umständen vor der Vertagung ein Steuerrahmengesetz geschaffen wird, und daß dann ein besonderer Steuerausschuß während der Ferien die Steuerentwürfe der Regierung soweit durcharbeitet, daß es möglich ist, sofort zu Beginn der Herbsttagung die Verhandlungen im Plenum vorzunehmen.

Heute nachmittag ist das Kabinett zu einer Sitzung zusammengetreten, in der man über die kommenden Besitzsteuern zu einer grundsätzlichen Einigung kommen will. Nach wie vor steht auf der einen Seite der Ausbau des **Reichsnotopfers**, auf der anderen eine neue Form der Erfassung der Vermögenssubstanz unter Fortfall des Reichsnotopfers, aber unter Anrechnung der bereits gezahlten Notopferbeiträge. Niemand innerhalb der Regierung, vor allem nicht der Reichskanzler selbst, gibt sich irgend welchen Täuschungen darüber hin, daß der Kampf um die Vollendung des Steuerwerkes schwer sein wird. Die Aufbringung der Reparationssummen, die Aufhebung der Sanktionen und eine dem Abstimmungsergebnis entsprechende Entscheidung in Oberschlesien sind die Grundpfeiler, auf denen die Existenz des Kabinetts Wirth beruht.

Man hat sich darüber gewundert, daß von der Regierung so wenig getan worden ist, um die Aufhebung der durchaus ungerechtfertigten

Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts

mit starken Mitteln zu fordern. Vielleicht hätte das Kabinett auch jetzt noch aus ganz bestimmten außenpolitischen Gründen geschwiegen, wenn nicht bei allen Parteien des Reichstages der starke Wunsch allmählich übermächtig geworden wäre, diese Frage einmal vor aller Welt in aller Deutlichkeit zu beleuchten. Zu den schweren wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen tritt neuerdings noch die durchaus unverständliche, im Auslande verbreitete, von Briand sogar offiziös unterstützte Auffassung, als ob die Aufrechterhaltung der Sanktionen eine Unterstützung der Demokratie in Deutschland sei. Dem glaubt man nunmehr auch regierungsseitig entgegentreten zu müssen. Die Dinge liegen ja so, daß das Kabinett Wirth, das als demokratisch im weitesten Sinne des Wortes bezeichnet werden kann, und das die Erfüllung des Ultimatums mit allen Mitteln anstrebt, automatisch in dem Augenblick seine Existenz verlieren wird, in dem die Beibehaltung der Sanktionen und der Verlust Oberschlesiens beschlossen oder sogar die Aufhebung der Sanktionen zu einem Kompensationsobjekt für eine einseitige polenfreundliche Lösung der oberschlesischen Frage zwischen England und Frankreich gemacht wird.

Im Reichstage haben bei der Abstimmung über die Hardelslage der Kanzler und der Postminister Giesberts mit einigen anderen Zentrumsmitgliedern durch die Abgabe eines roten Stimmzettels den

Antrag der eigenen Partei zu Fall

gebracht, und zwar spontan ohne vorherige Absprache. Der Kanzler glaubt aus dem Gange der Debatte entnehmen zu müssen, daß die Annahme des Antrages auf Besetzung der schwarz-rot-goldenen „Gösch" als Sieg der Rechten, als ein Sieg des monarchischen Gedankens in der Republik aufgefaßt werden muß und im Auslande die Stimmung zu ungunsten Deutschlands verschlechtere.

Die Beratungen des Kabinetts, die der Steuerfrage galten, werden morgen fortgesetzt.

Der Milliarden-Etat des Reichs.

Berlin, 28. Juni. Der Hauptausschuß des Reichstages besprach heute den Nachtragsetat der allgemeinen Finanzverwaltung. Hierbei kam die Regierung zu folgendem abschließenden Ergebnis: Der gesamte Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 schließt den ordentlichen Haushalt ab mit 48 459 Millionen Mark. Zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben

fehlen an ordentlichen Einnahmen 4250 Millionen Mark,

die, soweit sie nicht durch Mehrerträge der Abgaben vom Personen- und Güterverkehr infolge Erhöhung der Eisenbahntarifsätze aufkommen werden, durch Erhöhung der Sätze bestehender Steuern, sowie durch neue Steuern aufgebracht werden sollen. Im außerordentlichen Haushalt sind

49 180 Millionen Mark ungedeckt.

Diese sind durch Anleihen zu beschaffen. Unter den außerordentlichen Einnahmen von 10,5 Milliarden Mark befindet sich ein Betrag von 7,8 Milliarden Mark aus dem Reichsnotopfer, der zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts verwendet werden soll.

Oberschlesien wird von beiden Parteien geräumt.

Im südöstlichen Bezirk rückten die Aufrührer ab. Seit Samstag nachmittag wird der Abbau der Aufrührerfront und die Aufhebung der einzelnen Ortsquartiere durchgeführt. Aus Ober-Glogau werden Zusammenstöße zwischen den Insurgenten und Engländern im Industriegebiet gemeldet.

Der Rückzug des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien vollzieht sich ohne Störung. Vereinzelten Versuchen jüngerer Offiziere, sich dem Rückzugsbefehl des Generals Hoefer entgegenzustellen, wurde sofort von älteren Offizieren mit Erfolg entgegengetreten. Die Räumungsarbeiten in Rybnik führten zur Freimachung mehrerer Gleise des Rangierbahnhofes für den Güterverkehr. Der Schaden wird auf 35 **Millionen** Mark geschätzt. Von glaubwürdiger Seite verlautet, der Kreiskontrolleur sei gegen die Erpressungen der Polen an der Kaufmannschaft eingeschritten, worauf die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt und auch die verhafteten Eisenbahner freigelassen wurden.

Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ist in dem zwischen General Höfer und General Henniker abgeschlossenen Räumungsabkommen vorgesehen, daß der

polnische Rückzug durch englische Kommissionen nachgeprüft

werden soll. General Höfer habe darauf bestanden, daß die Räumung Zug um Zug erfolgen soll, und daß der deutsche Selbstschutz nicht tatenlos zusehen wird, daß die Polen über das vom Selbstschutz geräumte Gebiet herfallen.

Polnische Geständnisse.

Durch Mitteilung eines höheren polnischen Offiziers ist das Protokoll des polnischen Kriegsrates in Oberschlesien bekannt geworden. Der Kriegsrat fand in Bielschowitz statt. Als von einer Seite gesäußert wurde, daß die Engländer den Polen in den Rücken gefallen seien, unterbrach Korfanty den Redner und erklärte, daß hiervon keine Rede sein könne. Er sei glücklich, daß die Engländer gekommen wären und den deutschen Selbstschutz aufgehalten hätten. Es hätte

keine drei Tage mehr

gedauert und die Polen hätten aus Oberschlesien abziehen müssen. Als darauf ein Mitglied des Kriegsrats der Meinung Ausdruck gab, daß in diesem Fall Polen hätte an Deutschland den Krieg erklären müssen, erhob sich ein höherer polnischer Generalstabsoffizier und wernte die Anwesenden vor solchem Abenteuer, denn selbst die

gesamte reguläre polnische Armee wäre dem wohldisziplinierten Häuflein Reichswehr nicht gewachsen.

Das sei seine und anderer Sachverständigen Meinung. Korfanty bestätigte die Angaben des polnischen Generalstabsoffiziers, gab aber im Anschluß daran bekannt, daß man sich jetzt zwar zurückziehen müsse, es sei aber genügend erreicht. Denn wie ihm Lerond versprochen habe, käme für die polnischen Insurgenten eine Entwaffnung in keinem Falle in Betracht, sondern nur ein Zurückziehen.

Deutscher Reichstag.

Abg. Mumm (Dn.) fragt, ob die Regierung bereit ist, in der Nähe großer Städte

Wohnsiedelungen

für vermögenslose kinderreiche Familien aller Stände mit ausreichendem Land für Selbstversorgung zu schaffen. — Von der Regierung wird erwidert, daß die mangelhafte Unterbringung kinderreicher Familien von der Regierung bedauert werde. Ihre Gründe liegen noch in der Vorkriegszeit. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um im Rahmen der Zuständigkeit des Reiches Wohnsiedlungen zu schaffen, welches Sache der Länder ist.

Abg. **Hensel** (Dn.) fragt, wann ein **Personenschäden-Gesetz** vorgelegt werden würde. — Von der Regierung wird erklärt, daß ein solches Gesetz dem Reichsrat zur Beschlußfassung vorliege.

Das Gesetz über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die

Kapitalflucht

wird in zweiter u. dritter Lesung erledigt mit Geltungsdauer bis 1. Januar 1923. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Nachtragsetats.

Zum Haushaltsplan des Reichsministeriums des Innern spricht

Abg. **Rosenfeld** (USP.): Die Mehrheitssozialisten in Ostpreußen sind durchweg für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, nur Herr Minister Grabnauer ist dagegen. Der Ausnahmezustand in Bayern ist von der Landesregierung verhängt, trotzdem kann die Reichsregierung hier eingreifen. In Württemberg sind mit dem Ausnahmezustand sehr eigenartige Anordnungen getroffen worden, besonders in Druckereibetrieben, die der Reichsverfassung widersprechen, u. a. Unbrauchbarmachung von Druckerei-pressen auf acht Tage. Wir sprechen dem Minister Grabnauer unser schärfstes Mißtrauen aus.

Innenminister **Grabnauer**: Ich habe im Ausschuß erklärt, daß die Ausnahmezustände so schnell wie möglich abgebaut werden müssen. In einer Koalitionsregierung muß ich versuchen, meine persönliche Meinung möglichst durchzusetzen. Das habe ich grade auf diesem Gebiete in weitgehendem Maße erreicht. Aber die Tatsache bleibt, daß die Mehrheit dieses Hauses die sofortige Aufhebung abgelehnt hat. Ebenso haben einzelne Landesregierungen diese Meinung. Diese Ansicht muß auch ich achten und muß mit den Landesregierungen verhandeln. Die Maßnahmen, die in Stuttgart gegen ein kommunistisches Blatt getroffen wurden, billige ich persönlich nicht, ebenso wie ich überhaupt gegen die Vorzensur bin.

Abg. **Müller** (Soz.) schließt sich den Ausführungen des Ministers an. Wir glauben, daß wir auch in Bayern ohne den Ausnahmezustand ausgekommen wären. Die Länder existieren nun einmal, und das Reich muß die Beziehungen zwischen ihm und den Ländern pfleglich behandeln.

Abg. **Geyer** (Komm.) tritt für sofortige Aufhebung aller Ausnahmezustände ein, die sich speziell gegen die Kommunisten richten. In Sachsen hat Herr Grabnauer ja nur mit dem Ausnahmezustand regieren können. Eine vernünftige Regierung wird als erstes Mittel zur Entwaffnung der Reaktionäre in Bayern den Ausnahmezustand daselbst aufheben. Tut die Regierung das nicht, so müssen die revolutionären Parteien selbst den Kampf aufnehmen.

Reichsjustizminister **Schiffer**: Ich werde immer bestrebt sein, mit gleichem Maße zu messen, aber meine Kompetenz ist beschränkt durch die Rechte der Länder. Ich muß auch hier mir versagen, den Gerichtsbeschluß des Reichsgerichts zu kritisieren, der Herrn von Jagow auf freiem Fuße läßt. Außerdem: Nicht bloß die Nürnberger hängen keinen, ehe sie ihn haben. Ich z. B. weiß nicht, wo Herr v. Jagow sich befindet. (Lärm und Unruhe links.)

Abg. **Rosenfeld** (USP.): Die Unabhängigkeit der Gerichte steht nur auf dem Papier. Die Richter wissen, was gewünscht wird. Um Hölz zu fangen, hat man hohe Belohnungen ausgesetzt. Tun Sie das bei Jagow auch.

Reichsjustizminister **Schiffer**: Auf die Ergreifung der Kapplepute sind hohe Belohnungen gesetzt worden. Die Unterstellung, als wären unsere Richter unfrei gegenüber ihren Behörden, weisen wir als objektiv unwahr zurück.

Zu Kapitel 1, Titel 16a. Entschädigung der Reichsmitglieder für die Freifahrtkarten der Reichsratsmitglieder, wird ein Antrag der Mehrheitsparteien angenommen, der die Freifahrtkarten beschränkt.

Der Rest des Etats wird angenommen, ebenso eine Reihe von Titeln des Haushaltsplanes des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

Die neue Getreidebewirtschaftung.

Der Reichstag hat soeben dem Entwurf der Regierung über die Bewirtschaftung des Getreides seine Zustimmung gegeben. Damit tritt eine Aenderung insofern ein, als an Stelle der bisherigen Erfassung des Getreides das Umlageverfahren tritt. Der Unterschied ist der, daß bisher der Verbrauch des gesamten Getreides durch Gesetz geregelt war. Der Landwirt konnte, auch wenn er das Quantum, zu dem er verpflichtet war, abgeliefert hatte, mit dem Rest seines Getreides nicht beliebig schalten und walten, sondern es waren ihm sowohl für den Verbrauch im eigenen Haushalt wie für die Verfütterung Grenzen gezogen, ebenso wie er Getreide, das er über seine Bedürfnisse und über die Ablieferung hinaus noch hatte, nicht in den Handel bringen, sondern der öffentlichen Bewirtschaftungsstelle zuführen mußte. Demgegenüber sind Erleichterungen eingeführt insofern, als der Landwirt jetzt nach Ablieferung des ihm auferlegten Quantums — der Umlage — in der Verwendung seines Getreides frei ist und den Ueberschuß auch in den freien Handel bringen darf.

Die Gründe, die zu dieser Aenderung geführt haben, liegen darin, daß die Zwangswirtschaft nun sechs Jahre auf der Landwirtschaft lastet und von ihr nicht nur als ein harter Druck empfunden wird, sondern daß auch starke produktionshemmende Wirkungen sich gezeigt haben. Die inländische Erzeugung an Brotgetreide ist unter der Zwangswirtschaft ständig zurückgegangen. Diesem Rückgang mußte Einhalt geboten werden, wenn sich nicht auf die Dauer die inländische Brotversorgung bedrohlich gestalten sollte. Die sofortige Einführung der freien Wirtschaft war nach Ansicht der Regierung und der Mehrheit des Reichstages nicht möglich, weil damit die Preisbeeinflussung unmöglich wurde. Der Brotpreis wird bekanntlich niedrig gehalten durch Zuschüsse, welche die Reichsregierung in Höhe von mehreren Milliarden Mark leistet. Bei völliger Freigabe des Getreides würde dieser Zuschuß wegfallen und damit ein starkes Emporschnellen der Brotpreise eintreten. Diese plötzliche starke Steigerung der Brotpreise bis zum 2½fachen des gegenwärtigen Preises erscheint aber für große Bevölkerungsschichten unerträglich, sie müßte zu neuen Lohnkämpfen führen. Darum ist das Umlageverfahren gewählt worden. Es soll dazu dienen, einen Uebergang zur freien Wirtschaft herbeizuführen. Der Reichstag hat an der Vorlage der Regierung insofern eine Aenderung vorgenommen, als er die Höhe der Umlage von 3 auf 2½ Millionen Tonnen herabsetzte.

In den Verhandlungen hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erklärt, daß auch über die nächste Ernte hinaus die Brotversorgung gesichert sei, da für einige Monate bereits eine Reserve beschafft ist. Beruhigung über eine etwa drohende Knappheit ist daher nicht geboten.

Aus dem Reiche.

Auflösung der Ortsgruppen deutscher Verbände in Großpolen.

Wie uns der Gewerkschaftsbund der Angestellten mitteilt, hat der Wojewode in Posen durch einen Befehl vom 4. April, der erst Ende Mai veröffentlicht worden ist, die Zweigvereine der deutschen Berufsverbände in dem an Polen abgetretenen posenschen Gebiete aufgelöst. Dieser Schritt beweist, wie wenig Ernst es der polnischen Regierung mit ihrem Versprechen gewesen ist, die wirtschaftlichen und geistigen Bestrebungen der Deutschen, die unter polnische Herrschaft gekommen sind, nicht zu behindern. Vielleicht werden die polnischen Machthaber anderen Sinnes werden, wenn nun als Gegenwirkung das Deutsche Reich die vielen polnischen Vereinigungen, deren Fäden nach dem Mutterlande gehen, einer ähnlichen Behandlung unterwirft.

Der neue Orientkrieg.

Hellenische Absage.

Griechenland hat das Angebot der Entente, zwischen ihm und der Türkei zu vermitteln, zurückgewiesen und mitgeteilt, es könne die Offensive in Kleinasien nicht mehr aufschieben. Das einzige Zugeständnis ist die Erklärung, es sei immer bereit, die „großen Alliierten" anzuhören.

Die Bajonette sollen entscheiden.

Der griechische Ministerpräsident Gunaris, der in einer Volksversammlung erklärte, die anatolische Frage werde nur durch die griechischen Bajonette entschieden werden, hat sich sofort nach Smyrna begeben. Man sieht darin einen Beweis dafür, daß die griechische Offensive nicht mehr verschoben werden wird.

Staatsstreich in Stambul?

Nach einer Meldung aus Angora plant Mustapha Kemal Pascha einen Staatsstreich, um in Konstantinopel eine Regierung zu bilden, die sofort die Offensive gegen Griechenland aufnehmen soll. Mustapha Kemal erhält Unterstützung und Munitionsnachschübe von Bolschewisten und Italienern. Die Italiener lieferten bereits 2000 Maschinengewehre. Auch treffen russische Truppenverstärkungen aus dem Kaukasus ein.

Vor dem russischen Einmarsch.

Die armenische Presse gibt bekannt, daß die erste bolschewistische Armee an der türkischen Grenze konzentriert sei. Sie stehe unter dem Kommando von Lewandowski und sei durch zahlreiche Muselmanen und Tartaren verstärkt.

Ausland.

Finnland.

Die Alandsinseln.

Der Völkerbundsrat gab seine Beschlüsse in der Frage der Alandsinseln bekannt. Er vertritt die Auffassung, daß die Souveränität über die Inseln Finnland zuzusprechen sei. Die Inseln sollen militärisch neutralisiert werden. Namens der schwedischen Regierung legte Branting gegen diesen Beschluß Einspruch ein. Er erklärte aber, sich dem Beschluß fügen zu wollen.

Italien.

Blutige d'Annunziade.

Eine Drahtung aus Fiume meldet, daß der italienische Kommissar die Leute, die den Hafen von Barros besetzten, aufforderte, den Hafen zu verlassen. Daraufhin setzten sich die Demonstranten von der Stadt her nach der Mitte von Sušak in Bewegung. Eine Kompagnie Alpenjäger, die die Brücke besetzt hielt, mußte von der Waffe Gebrauch machen. Man meldet vier Tote und etwa 20 Verwundete.

England.

Ende des Kohlen-Ausstandes.

Reuter meldet amtlich: Der Bergarbeiterstreik ist beigelegt worden. Die Parteien einigten sich auf einer Grundlage, die zwar das Wort „Nationalisierung" vermeidet, in Wirklichkeit aber die Nationalisierung im Bergbaubetriebe einführt. Es werden Mindestlöhne festgelegt, die 20 Prozent höher sind als die vor dem Kriege. Weiter wird eine bestimmte Verhältniszahl festgelegt, nach der das Gesamterträgnis geteilt wird, die Arbeiter erhalten 83, die Arbeitgeber 17 Prozent, nachdem die Unkosten abgezogen sind. Die Regierung hat die Beihilfe von 10 Millionen Pfund erneut zugesagt.

Irland.

Verhandlungen mit England.

Das Ulster-Kabinett hat beschlossen, die Einladung Lloyd Georges an de Valera zu einer gemeinsamen Konferenz anzunehmen.

Verbandstag rheinisch-westfälischer Gemeinden.

hn. Hagen, 28. Juni. Gestern begann hier die auf zwei Tage berechnete Tagung des Verbandes rheinisch-westfälischer Gemeinden. Der Verband umfaßt in seinem Mitgliederbestande nahezu alle der 4470 Landgemeinden der beiden Provinzen mit zusammen 6,5 Mill. Bewohnern und kann sich demzufolge mit Recht als die Vertretung der Landgemeinden der beiden Westprovinzen bezeichnen.

Zu den Verhandlungen, die der Vorsitzende Amtmann Ebberg (Kreuztal) leitete, waren viele hundert Vertreter aus allen Teilen des Verbandsgebiets erschienen, sodaß der große Saal der Konkordia kaum ausreichte. Vertreter der Regierung, der Oberpräsidenten, Landeshauptmänner und Regierungspräsidenten wohnten der Tagung bei. Nach den üblichen Begrüßungsreden erfolgten Vorstandswahlen. Die Saarregierung hat den

Gemeinden des Saarlandes die fernere Zugehörigkeit zum Verbande verboten.

Ein Vertreter von dort erklärte, daß das Saarland deutsch bleiben werde und daß man gewillt sei, dem Verband die Treue zu halten. Als Vertreter der Saarbürgermeistereien wurde der ausgewiesene Bürgermeister Falke gewählt.

Generalsekretär Bürgermeister a. D. Kuth (Köln) erstattete den Geschäftsbericht. Große Sorge bereitet dem Verband die Frage der Kehrschulen. Sie stehen vielfach vor dem Zusammenbruch. Sie sind die Schulen des flachen Landes und der Staat muß hier helfend eingreifen, zumal man doch vom Lande die Gesundung der Verhältnisse erwartet. Der Verband war in den Beamtenfragen vielfach tätig, der Erhaltung des Waldbestandes hat er sein Interesse zugewandt. Fragen des besetzten Gebiets wurden vielfach erörtert. Mit Rücksicht auf seine Stellung als Vertreter aller Gemeinden der beiden Westprovinzen beansprucht der Verband Berücksichtigung seitens der maßgebenden Stellen und deren Anerkennung als alleinige Vertretung der Landgemeinden beider Provinzen. Insbesondere wird eine **Vertretung des Verbandes im Reichswirtschaftsrat** gefordert. Eine entsprechende Entschließung fand einstimmige Annahme. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die

Sanktionen

auf die Industrie und Landwirtschaft der betroffenen Gemeinden verheerend wirken. Auch die Gemeinden werden davon in Mitleidenschaft gezogen, weil deren Steuerkraft zurückgeht. Die Reichsregierung wird deshalb gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Sanktionen aufgehoben werden.

Sodann hielt Ministerialrat im preußischen Ministerium des Innern Dr. Moll (Berlin) einen Vortrag über die

Finanzlorgen der Gemeinden.

Er ging aus von der Unsicherheit der Beldlage der Gemeinden, die fast die Aufstellung der Haushaltspläne unmöglich mache. Zuschläge zur Einkommensteuer müßten in irgend einer Form wiederkehren. Bei den Realsteuern sei das Einspruchsrecht der Landesfinanzämter zu begrenzen. Die Distanzionen an die Provinzen seien wesentlich zu erhöhen, da die jetzigen Provinzialabgaben unerträglich drückend seien. Für alle Handlungen der Verwaltungen sei eine Verwaltungsgebühr einzuführen. Die Fahrzeugsteuer einschließlich Kraftwagen sei den Gemeinden vorzubehalten. Die in Aussicht stehende Steuer auf Hausangestellte müsse vorsichtig behandelt werden. Für die Wohnungsluxussteuer würde zur Zeit die zweifelhafte Rechtslage geklärt. Aus der Defizitwirtschaft müßten die Gemeinden durch Sparsamkeit herauskommen, da die Anleihepolitik wenig verlockend sei.

hn. Hagen, 29. Juni. Der zweite Tag brachte eine Fülle wichtigen Beratungsstoffes. Den ersten Vortrag hielt Oberregierungsrat beim Staatskommissar für die Verwaltungsreform Dr. v. Dulßig (Berlin) über die

Verwaltungsreform.

Redner erinnerte daran, daß etwa 10 Gesetzentwürfe für die Neuregelung des Selbstverwaltungsrechts vorliegen, u. a. Städteordnung, Kreisordnung, Provinzialautonomiegesetz, Polizeigesetz, Sparkassengesetz. Diese Drewsschen Entwürfe gehen dahin, den Unterschied zwischen Stadt- und Landgemeinde fast ganz zu beseitigen. In der Kreisordnung wird die Kommunalisierung der Landräte angestrebt. Leistungsunfähige Gemeinden sollen verschwinden. Das gilt besonders für die Gemeinden im Osten, die erst eine geordnete Verwaltung im modernen Sinne werden einführen können, wenn auf sie die westfälische Amtsverfassung übertragen sein wird. Ziel der Reform ist auch noch die Erweiterung der Rechtskontrolle zu Gunsten des Bürgers.

Der zweite Vortrag betraf die

Aufstellung der Haushaltspläne.

Redner war der zweite Vorsitzende des Verbandes, Bürgermeister Bock (Angermund). Redner fordert: Erhaltung der Realsteuern für die Gemeinden. Ueberweisung der Umsatzsteueranteile aus Filialbetrieben an die Filialgemeinde. Erhöhung der Gemeindesteuer, Heranziehung der Feuerversicherungsgesellschaften zu den Feuerschutzkosten der Gemeinden.

Es folgte eine mehrstündige Aussprache. Zum Schluß wurden einige Entschließungen, die der Vorstand vorbereitet hatte, mit großer Mehrheit angenommen. Zunächst wird das Reich gebeten, in der Steuererhebung den bestehenden Zustand — Abführung aller Steuern an die Gemeindekassen — aufrecht zu erhalten und von einer Uebertragung der Steuererhebung auf die Finanzkassen abzusehen. Sodann verlangt Beerfammlung gebührenden Ausgleich für den Ausfall an Reichseinkommensteuer. Schließlich wird von der Verwaltungsreform gefordert, daß keine Schmälerung der Bewegungsfreiheit der Gemeinden eintritt und daß die Gemeinden nicht mit Aufgaben bepackt werden, denen sie nicht gewachsen sind.

Eine Reichskonferenz der Straßen- und Kleinbahner

fand am 20. und 21. Juni in Barmen im christlichen Gewerkschaftshause statt. Sie war einberufen vom Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands (christliche Gewerkschaft). Auf der Konferenz waren über 100 Straßen- und Kleinbahnbetriebe durch 50 Abgeordnete vertreten.

Der Verbandsvorsitzende Dedenbach referierte über die volkswirtschaftliche

Bedeutung der Straßenbahn

und die Stellung des Personals. Hierzu wurde folgende Entschließung angenommen: „Durch die Entwickelung der Verhältnisse seit dem Kriege sind zahlreiche Betriebe in eine schwierige Lage geraten. Die Folgen hiervon sind vielfach ungenügende Unterhaltung und Erneuerung der Betriebsmittel, Einschränkung und Stillegung von Betrieben, verbunden mit Personal-Entlassungen. Die Konferenz hält es daher für angebracht, daß den Betrieben außerordentliche Hilfe geleistet wird. Das könnte in erster Linie geschehen durch Aufhebung bezw. Erlaß der Verkehrssteuern, sodann durch eine erhebliche Milderung des Haftpflichtgesetzes. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß die Bahnunternehmer den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerverbände hinsichtlich der Gewährung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen entsprechen."

Ueber die Entwickelung und Bedeutung der

Tarifverträge

berichtete der Hauptklassierer Krumbe. Hierzu faßte die Konferenz nachfolgende Entschließung: „Die Konferenz erblickt in dem Abschluß von Tarifverträgen ein wirksames Mittel zur Interessenvertretung des Personals der Straßen- und Kleinbahnen, weil sie insbesondere das Mitbestimmungsrecht und demzufolge die gleichberechtigte Mitwirkung des Personals bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleisten und eine einheitliche Gestaltung und Sicherheit derselben ermöglichen. Ungeachtet dessen hält das Personal nach wie vor an dem Standpunkt fest, zur Durchführung seiner berechtigten Forderungen, wenn notwendig, auch das äußerste gewerkschaftliche Mittel anzuwenden."

Die Frage **„Arbeiter- oder Beamtenverhältnis"** für das Straßenbahnpersonal behandelte Bezirksleiter Becker, die **Pensionskasse** Verbandssekretär Eickmann. Hierzu wurde die Entschließung gefaßt: „Mit Rücksicht auf den verantwortungsvollen Beruf sind ein geschertes Dienstverhältnis, ausreichende Bezüge und die allgemeine Einführung einer allgemeinen Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu fordern. Die Durchführung dieser Forderung kann sowohl durch Tarifverträge, wie durch Ueberführung des Personals in Angestellten- oder Beamtenverhältnisse erreicht werden, Sofern eine Verschlechterung gegenüber dem Arbeitsverhältnis, auch von rechtlicher Seite, nicht zu befürchten ist, ist das Angestellten- bezw. Beamtenverhältnis mit Nachdruck anzustreben."

Aus Stadt und Land.

Gewelsberg, 29. Juni.

— **Der Unfug,** auf fahrende Eisenbahnzüge mit Steinen und dergl. zu werfen oder, was auch hin und wieder zu verzeichnen ist, sogar zu schießen, hat außer der Beschädigung von Wagen und der Zertrümmerung von Fensterscheiben recht oft Verletzungen von Reisenden und Zugbediensteten zur Folge. Da sich dieser Unfug namentlich in letzter Zeit recht häufig wiederholt hat, so haben die Eisenbahndirektionen von Elberfeld, Köln und Essen auf die Namhaftmachung derartiger Täter eine Belohnung von 300 Mk. ausgesetzt. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Eltern nicht strafmündiger Täter schadenersatzpflichtig sind.

— **Erhöhungen des Mietzinses** können rechtswirksam vom Hauswirt gegenüber seinen Mietern lediglich innerhalb der behördlich zugelassenen Grenzen (bestimmter, in Prozenten ausgedrückter Aufschlag auf den am 1. Juli 1914 gültigen Mietsatz) sowie unter Innehaltung der gesetzlichen Fristen vorgenommen werden. Diese Fristen sind mit den bekannten Kündigungsfristen gleichlaufend, damit für den Mieter die Möglichkeit gegeben ist, sich einer Mietzinserhöhung durch rechtzeitigen Wohnungswechsel zu entziehen. Eine anderweitige Festsetzung des Miethetrages, die für die Zeit vom 1. Juli ab gelten soll, mußte demnach ebenso lange vor diesem Termin angekündigt werden, wie eine an demselben Tage in Kraft tretende Lösung des Wohnverhältnisses. Wenn z. B. schriftlich oder vor Zeugen trotz vierteljährlicher Mietzahlung (die sonst mangels anderweitiger Abmachungen laut Bürgerl. Gesetzbuchs auch dreimonatliche Kündigungsfrist bedingt) monatliche Kündigung vereinbart wurde, dann mußte der ab 1. Juli gültige Mietaufschlag spätestens am 31. Mai vom Hauswirt ausgesprochen worden sein. War das frist gemäß der Fall, dann gilt auch der höhere Betrag für die Zeit nach dem 30. Juni, muß also in seiner höheren Bemessung zum ersten Mal (!) am 1. Oktober entrichtet werden. Würde die Erhöhung aber am 2. Juni ausgesprochen, dann kann sie (bei monatlicher Kündigung und vierteljährlicher Zahlung) erst für die Zeit vom 1. August ab gelten und am 1. Oktober wäre in diesem Fall für den Juli der alte, für August und September der neue Mietbetrag zu zahlen. Unter der Annahme der weit üblichen vierteljährlichen Kündigung müßte eine ab 1. Juli geltende Mietsteigerung spätestens (es konnte natürlich rechtswirksam auch früher geschehen) am 31. März ausgesprochen werden. Unsere Leser werden danach ihren eigenen Sonderfall unschwer beurteilen können.

— **Hausordnung im Kino.** Die Gewerbeabteilung der Polizeiverwaltung schreibt uns: Im Interesse der Kinobesitzer sowie auch der Kinobesucher ersuchen wir die Personen unter 18 Jahren, den Kinoveranstaltungen fern zu bleiben. Ferner wird auf das verbotswidrige Rauchen im Kino hingewiesen, da sowohl der Besitzer als auch der Raucher Zwangsmaßnahmen auf der Stelle zu gewärtigen hat. Ueberhaupt ist die Unterlassung des Rauchens mit Rücksicht auf die anderen Zuschauer und im Interesse der Gesundheitspflege dringend erforderlich. Auch dürfte eine Feuersgefahr dann als ausgeschlossen gelten, da Kinobrände bisher meist auf die Fahrlässigkeit beim Rauchen zurückzuführen waren.

— **Falsche Banknoten.** Von den Reichsbanknoten zu 10 Mark mit dem Datum vom 6. 2. 1920, die sei Anfang Januar d. J. dem Verkehr zugeführt wurden, ist eine Fälschung aufgetaucht, die als solche bei einiger Aufmerksamkeit an den nachstehend aufgeführten hauptsächlichsten Merkmalen zu erkennen ist. a) Papier: Das Wasserzeichen fehlt. Der kupferbraune Faserstreifen ist durch schwachen Strichaufdruck vorgetäuscht. b) Vorderseite: Im grobrunden Druck fehlen unter den Worten „Reichsbanknote" des obern Feldes und „Reichsbankdirektorium" des

---

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

108) (Nachdruck verboten.)

Während der Arzt sich an seinem Verbandszeug zu schaffen machte, prüften die Sekundanten die Waffen. Die zehn Schritte Distanz wurde abgemessen, den beiden Gegnern ihre Pistolen eingehändigt. Alles vollzog sich rasch und leise. Gesprochen wurde kaum ein Wort. Wohl keiner der Herren hatte zuvor einem Zweikampf unter so furchtbaren Bedingungen beigewohnt, und die Sekundanten waren beinahe nervöser und aufgeregter als die Gegner selbst. Dombrowski warf erst im letzten Augenblick die Zigarette fort, die er bis dahin zwischen den Lippen gehalten hatte, sprach noch ein paar Worte mit einem seiner Sekundanten und nahm dann ruhig seinen Platz ein.

Der vorgeschriebene Versöhnungsversuch, dessen sich der Unparteiische rasch und verlegen entledigte, war natürlich zwecklos. Arzt und Sekundanten zogen sich zurück, und es wurde totenstill unter den leise im Morgenwinde rauschenden Wipfeln. Der Unparteiische fuhr sich mit dem Taschentuch über die Stirn, sie er mit merkwürdig heiserer und gepreßter Stimme sagte:

„Wenn ich ‚eins' zähle, haben die Herren das Recht, um zwei Schritte vorzutreten. Bei ‚zwei' dürfen die Waffen erhoben werden, bei ‚drei' darf geschossen werden. Die Herren sind bereit?

Ich zähle: ‚eins'."

Keiner der Duellanten machte von der Erlaubnis, die Distanz um zwei Schritte zu vermindern — vier-zehn Schritte waren abgemessen — Gebrauch. Die rechte Seite einander zugekehrt, standen sie sich gegenüber, die Blicke fest aufeinander gerichtet.

„Zwei!"

Langsam hoben sich die beiden Arme. Drei Sekunden noch.

„Drei!"

So völlig gleichzeitig fielen die beiden Schüsse, daß nur ein einziger, scharfer Knall hörbar wurde. Dombrowski stand aufrecht und fest wie zuvor, hart an seinem Kopf hatte er die Kugel vorbeipfeifen hören. Herbert aber war zurückgetaumelt und wankte.

Eilig sprang der Arzt hinzu. Wehringen aber, aus dessen Antlitz der letzte Blutstropfen gewichen schien, wehrte heftig ab.

„Es ist nichts", brachte er mit Anstrengung hervor. „Ein Streifschuß, nichts weiter." Er stand schon wieder aufrecht. „Ich bitte den Herrn Unparteiischen, die Fortsetzung des Kampfes zu bestimmen."

Der Unparteiische, ein Herr von Loeben, der mit Hollfelden befreundet war, kam heran.

„Ich weiß nicht, wollen Sie dem Herrn Doktor nicht gestatten, die Verletzung zu untersuchen?"

„Nein!" entgegnete Heinz brüsk. „Sie sehen doch, daß es keine Bedeutung hat. Wenn ich also bitten darf?"

Die Sekundanten brachten frische Waffen. Wieder kam das Kommando ‚eins!', und diesmal machten beide Gegner die erlaubten zwei Schritte.

„Zwei!"

Nur ein Arm hob sich. Dr. Dombrowski aber stand, ohne sich zu rühren. Sein scharfer Blick erkannte, wie sich Herbert immer mehr verfärbte, und er sah auch, wie von seiner linken Schulter das Blut herniederrann. Und als das Kommando ‚Drei!' kam, da ließ Dr. Dombrowski, der nach seinem eigenen Geständnis ein ehrloser Spion war, seine Pistole aus der Hand gleiten.

Herbert von Wehringen aber schoß, und er hatte besser gezielt als das erstemal. Einen Augenblick noch stand der Pole aufrecht, dann verzerrten sich seine Gesichtszüge, und dumpf aufstöhnend schlug er schwer auf den Boden nieder.

Aber auch Herbert hielt sich nicht länger aufrecht. Mühsam schleppte er sich noch bis zum nächsten Baum, dort klammerte er sich an den festen Stamm, und mit brennenden Augen starrte er auf Dombrowski, um den sich der Arzt bemühte.

Er vernahm noch, wie jemand „Herzschuß, ganz hoffnungslos", sagte. Dann schwanden ihm selbst die Sinne, und bewußtlos brach er zusammen.

— —

Man hatte Heinz Hollfelden sogleich in das Krankenzimmer geführt, und zum 2. Male an diesem Vormittag stand er nun an dem Lager eines Sterbenden. Der Mann, der da, von der Hand des Todes gezeichnet, vor ihm lag, war sein erbittertster Feind gewesen, und der einzige Mensch vielleicht, den er wirklich gehaßt hatte. Jetzt aber war jede feindselige Regung in ihm ausgelöscht. Und er begrüßte ihn so herzlich, als sei der Pole niemals etwas anderes als sein Freund gewesen.

Dombrowski aber sagte:

„Ich habe Sie rufen lassen, Herr Hollfelden, weil ich verhindern wollte, daß der Brief dort in andere als in Ihre Hände gelangte. Da drüben, bitte, auf dem Tisch!"

Mechanisch nahm Heinz das Schreiben auf. Aber er las doch unwillkürlich die Adresse, sie lautete: „An die Königl. Polizei-Direktion, Berlin."

Leise sagte er:

„Sie tun gut daran, daß Sie die Absendung dieses Briefes verhindern, Herr Doktor. Ich glaube zu wissen, was er enthält; und Sie hätten damit Menschen, die wahrlich ohnedies schon genug gelitten haben, das bitterste Unrecht zugefügt. Denn es ist mir in der Zwischenzeit gelungen, Otto Marten's Mörder ausfindig zu machen."

Dombrowski hob abwehrend ein wenig die Rechte.

„Bitte, verschonen Sie mich mit Erzählungen!" sagte er. „Ich wünschte wahrlich, daß ich niemals etwas mit dieser Angelegenheit zu tun gehabt hätte. Und jetzt wenigstens will ich nichts mehr davon wissen. Etwas anderes aber möchte ich Ihnen noch sagen, Herr Hollfelden. Sie wissen, daß ich ein Spion war, aber nicht, wie ich Ihnen sagte, im Dienste oder gar im Solde der russischen Regierung, sondern im Dienste einer heiligen Pflicht. Mein Vater war ein polnischer Edelmann, der es bis zu einer bedeutenden Stellung im russischen Kaiserhofe gebracht hatte. Aber er war keiner jener Volksunterdrücker, keiner jener Blutsauger, die wie Vampyre auf ihrem Vaterland liegen und sein Mark verzehren. Er war ein guter pflichtgetreuer Beamter, edel und selbstlos in jeder Regung seines Herzens. Um so mehr aber war er jenen Leuten im Wege, die gerade jetzt wieder eifrig am Werke sind, das russische Volk gegen seine Beherrscher aufzuwiegeln, den Anarchisten und Revolutionären, die in den hochstehenden Unterdrückern im Grunde ihre besten Bundesgenossen haben.

(Fortsetzung folgt.)

Schuhe, sowie alle anderen Leder- und Lederwaren fertigt man wie neu mit bestem Erfolg an Wilhelm Braune, G. m. b. H., Quedlinburg. Verlangen Sie Preisliste Nr. 4.

untern Feldes die hellen Zierflächen (gut sichtbar). c) Rückseite: In der Mitte der Verzierung unter dem rechteckigen Mittelfeld sind die auf echten Noten deutlich sichtbaren kleinen Buchstaben „mb" durch einen Schnörkel — ähnlich einem „R" — ersetzt.

— **Die neuen Briefmarken.** Die neuen deutschen Briefmarken sind zum Teil erschienen, und zwar zunächst in folgenden Werten: 5 Pfennig rotlila, 10 Pfennig grünoliv, 30 Pfennig grün. Die einzelnen Schalter sollen diese Marken erst zum Verkauf bringen, wenn die Germaniabestände aufgebraucht sind.

— **Pflichten und Rechte der Schutzpolizei.** Die Angehörigen der Schutzpolizei werden jetzt als unmittelbare Staatsbeamte angestellt, wenn ihre Ausbildungszeit abgelaufen ist. Für ihre Stellung ist eine besondere gesetzliche Regelung vorgesehen. Bis dahin sind jetzt vorläufige Bestimmungen über ihre Pflichten und Rechte getroffen worden. Die parteipolitische Betätigung im Dienst, in den Unterkunftsräumen und in den Dienstgebäuden ist verboten, der Besuch parteipolitischer Versammlungen und jede sonstige parteipolitische Betätigung in Uniform untersagt. Verboten ist auch die Beteiligung an einer Organisation oder die Mitwirkung bei Bestrebungen, die die Verfassung auf nichtgesetzlichem Wege ändern wollen, sowie jede Betätigung in diesem Sinne. Jede Dienstverweigerung, auch Streik, sowie jede Hemmung des Dienstes ist unter allen Umständen untersagt.

— **Der Zustand des Papiergeldes,** das die Städte, Landkreise usw. ausgegeben haben, fordert überall, insbesondere auch im Industriegebiet, immer wieder die Kritik heraus. Nicht nur in Geschäften, sondern auch in der Straßenbahn und an behördlichen Kassen bekommt man Scheine in die Hand gedrückt, deren Berührung ein auf Sauberkeit und Hygiene haltender Mensch am liebsten vermeiden würde. Es muß nach viel kürzerer Zeit, als es bisher im allgemeinen üblich ist, eine Einziehung von altem und eine Ausgabe von neuem Notgeld erfolgen. Es ist nachgewiesen worden, daß je länger gewisse Scheine laufen, je kleiner die Zahl beim Zurückziehen der Scheine wird. Der Unterschied zwischen ausgegebenen und eingelösten Summen kommt selbstverständlich den Ausgabestellen zugute. Diese Vorteile stehen jedoch keinesfalls in einem Verhältnis zu den großen hygienischen Nachteilen, die das schmutzige unsaubere Papiergeld für die Bevölkerung mit sich bringt.

— **Zubereitung von Seefischen.** Da der Fisch an Bord unserer Fischdampfer sofort nach dem Fang geschlachtet und auf Eis gelegt wird, muß die Hausfrau ihn ebenso wie geschlachtetes Fleisch aufbewahren, trocken und kühl. Der Fisch darf also nicht vor der Zubereitung stundenlang in Wasser gelegt werden, weil er dadurch an Geschmack verliert. Wer den charakteristischen Seegeruch, der den Fischen anhaftet und den viele besonders hochschätzen, nicht lieben sollte, kann den Fisch vor der Zubereitung eine viertel Stunde — aber nicht länger — in kaltes Wasser legen, in das man etwas Essig gegeben hat. Am besten ist es, wenn die Hausfrau den Fisch erst am Morgen des Tages kauft, an dem er gegessen werden soll. Zuerst entferne man die in der Bauchhöhle befindliche schwarze Haut, dann reinige man besonders den Kopf, nachdem die Kiemen entfernt sind, mittels einer Bürste und wasche ihn rasch aber gründlich in kaltem Wasser durch. Erfordert die Gattung des Fisches oder die Art der Zubereitung das Entfernen der Schuppen, dann bediene man sich eines großen Küchenmessers, mit dem man in der Richtung vom Schwanz nach dem Kopf die Schuppen abschabt.

Westfalen und Rheinland.

* **Halpe,** 28. Juni. (Ein vernünftiger Belgier.) Ein belgisches Transportunternehmen richtete an eine Firma in Halpe einen Brief zur Anknüpfung einer neuen Geschäftsverbindung; am Schlusse dieses Berichtes findet sich die bezeichnende Bemerkung: „Unsere Firma ist in Charakter und Nationalität neutral." — (Verlorener Steuerprozeß der Stadt.) Vor dem Oberverwaltungsgericht als letzter Instanz ist soeben ein Prozeß zwischen der Stadtgemeinde Halpe und dem Fabrikanten August Schulte entschieden worden. Nach § 1 der für Halpe ergangenen Steuerordnung unterliegt jeder Eigentumserwerb einer Steuer von 1 Prozent bei bebauten Grundstücken bis 30 000 Mk., während bei bebauten Grundstücken über 30 000 M. 1½ Prozent erhoben werden. Nachdem Sch. das Grundstück Lindenstr. 7 in Halpe für 30 000 Mk. erworben hatte, wurde er vom Bürgermeister nach einem Grundstückswert von 31 320 Mk. zu einer Steuer von 469,70 Mk. herangezogen. Nach fruchtlosem Einspruch erhob Sch. Klage mit dem Antrage, die Steuer auf 300 Mk. zu ermäßigen, da der vereinbarte Kaufpreis von 30 000 Mk. maßgebend sei. Das Oberverwaltungsgericht stellte Sch. von 169,80 Mk. frei, weil der Kaufpreis dem gemeinen Wert des Grundstücks entspreche. Es sei kein Anhalt für die unnormale vorhanden, daß der Kaufpreis nicht unter gemeingewöhnlichen Verhältnissen zustande gekommen sei.

* **Halver,** 28. Juni. (Gemeindliche Schlackensteinfabrik.) Um eine Beschäftigungsmöglichkeit für die Erwerbslosen zu schaffen, beschloß der Gemeinderat von Kierspe die Errichtung einer Schlackensteinfabrik, wo die zur Herstellung gemeindlicher Wohnhäuser erforderlichen Bausteine erzeugt werden sollen.

* **Bochum,** 29. Juni. (Rasche Hilfe bei Grubenunfällen.) Von dem Grundsatze ausgehend, daß je früher die Nothilfe nach dem Unfalle einsetzt, mit um so größerem Erfolge sich weiterer Schaden verhüten läßt, hat sich die Sektion 11 der Knappschaftsberufsgenossenschaft im letzten Berichtsjahre die Förderung der ersten Hilfe bei Unglücksfällen unter Tage in besonderem Maße angelegen sein lassen. Sie hat insbesondere erreicht, daß die Zechen allgemein an zahlreichen Stellen unter Tage als Verbandsmaterial Verbandspäckchen in der Form der im Felde gebräuchlichen Schnellverbände in mit Blech angeschlagenen, leicht tragbaren Verbandkästen bereit halten, in denen auch die sonstigen Hilfsmittel für die erste Hilfe, insbesondere Mullbinden, dreieckige Tücher, zusammenlegbare Gitterschienen, fertige Fingerverbände und elastische Binden enthalten sind. Ferner ist darauf hingewirkt worden, daß zur Ausübung der Nothilfe unter Tage möglichst viele in den einfachsten Formen der ersten Hilfe ausgebildete Nothelfer zur Verfügung stehen. Im Interesse der Beschleunigung sowie der Gleichmäßigkeit der Ausbildung erfolgte diese im Berichtsjahre allgemein durch den Oberarzt des Krankenhauses Bergmannsheil Dr. Koch. Durch diesen sind im Berichtsjahre 675 Personen ausgebildet worden. Die Ausbildung wird im laufenden Jahre fortgesetzt.

* **Gelsenkirchen,** 29. Juni. (Tod im Strandbad.) Beim Baden ist hier im städtischen Strandbad der vierzehnjährige Knabe Wilhelm Krieger ertrunken.

* **Herstelle,** 29. Juni. (Raubmord.) Der 65 Jahre alte Mühlenbesitzer Hartmann von hier, der in Heimershausen von der Bank einen größeren Geldbetrag abgehoben hatte, wurde auf dem Heimwege in der Schlucht „Heinbach" ermordet und beraubt.

* **Rheine,** 29. Juni. (Lebensretterfamilie.) Unweit des Bootshauses des Rudervereins wurde die dreijährige Tochter des Schreinermeisters Engbring, die beim Spiel in die Ems gefallen war, von dem 14 Jahre alten August Dekker vom sicheren Tode des Ertrinkens gerettet. Es ist das schon die vierte Lebensrettung, die der mutige Knabe vollbracht hat. Der Vater des kleinen Helden hat bereits vierzehn Menschen aus der Ems gerettet.

* **Elberfeld,** 28. Juni. (Brandstiftung in einer Gefängniszelle.) Im Staatsgefängnis in Bendorf verübte ein Gefangener Brandstiftung, indem er seinen mit Stroh gefüllten Bettsack anzündete. Das Feuer wurde bald bemerkt und von der Feuerwehr gelöscht.

* **Essen,** 28. Juni. (Seine Frau erschossen.) Wegen fahrlässiger Tötung, begangen an seiner eigenen Ehefrau, wurde der Wachtmeister der Sicherheitspolizei Andree vom Schwurgericht in Essen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt bei Zubilligung des Strafaufschubs auf die Dauer von drei Jahren. Die Schuldfrage nach Mord wurde von den Geschworenen verneint. Am Nachmittag des 8. Dezember v. J. hatte der Angeklagte Postendienst bei den Ausstellungshallen in Essen-Rüttenscheid. Bald erschien seine Ehefrau in Begleitung ihrer jüngern Schwester, alle drei gingen auf und ab, plötzlich krachte ein Schuß und die Frau Andree sank, in die rechte Brustseite getroffen, tot zu Boden. Anscheinend war sie dem Karabiner ihres Mannes, der diesem über die Schulter hing, zu nahe gekommen.

* **Köln,** 28. Juni. (Von Farbigen überfallen.) Auf einem Ausflug wurde die Kölner kommunistische Stadtverordnete Fräulein Ackermann von farbigen Truppen überfallen, mit Bajonetten bedroht und in den Wald geschleppt. Auf ihr Schreien kamen ihr glücklicherweise Leute zu Hilfe und die Soldaten ergriffen die Flucht. — (Konflikt zwischen Beamten und Oberbürgermeister.) Der Gegensatz, der seit einiger Zeit zwischen den Beamten und Angestellten und dem Oberbürgermeister wegen der Neuregelung der Arbeitszeit besteht, ist jetzt offen zum Durchbruch gekommen. Infolge des Beschlusses einer Versammlung, die von sechs Organisationen abgehalten worden war, haben gestern 95 Prozent der Beamten und Angestellten die Bureaus schon um 2½ Uhr verlassen, während die vom Oberbürgermeister angeordnete Arbeitszeit bis 4 Uhr zu dauern hat. Der Kernpunkt des Streikfalles ist der, daß der Oberbürgermeister, gestützt auf eine Entscheidung des preußischen Ministers des Innern, die Beamten volle acht Stunden auf der Dienststelle anwesend wissen will. Die halbstündige Mittagspause geht ab, so daß die Arbeitszeit selbst 7½ Stunden dauert. Die Beamten und Angestellten wollen die Pause an den Schluß der Arbeitszeit verlegt wissen, so daß sie nur 7½ Stunden auf der Dienststelle anwesend sind.

Gerichtssaal.

* **Barmen,** 28. Juni. (Zigarettenschieber.) Die stellvertretende Vorsitzende des Lohwinker Vaterländischen Frauenvereins, die den besten Kreisen angehörende Elisabeth B, wurde in zwei Strafprozessen als Zigarettenschieberin entlarvt und mißbrauchte ihren Helfern, ihrem inzwischen verstorbenen Bruder H. und dem Bankbeamten Bo. aus Barmen schwer betrogt. Die Angeklagte ließ im Mai 1919 auf Betreiben des Bo. für 2,2 Millionen Mark Zigaretten zum Preise von 5 Pfg. für den Verein bestellen. Ihre beiden Genossen hatten diese für 19,8 Pfg. durch Zwischenhändler an Berliner Aufkäufer verschoben. Die Strafkammer ordnete die Einziehung des Mehrgewinnes an, der ziffernmäßig noch in einem besonderen Verfahren ermittelt werden soll und etwa 280 000 Mk. betragen dürfte. Ferner haben Frl. B. und Bo. noch die Geldstrafen wegen verbotenen Handels, Preissteigerung usw. zu bezahlen, die 10 000 bezw. 15 000 Mk. betragen.

* **Rinteln,** 29. Juni. (Zum Tode.) Das Schwurgericht in Hannover verurteilte den Ziegler Wilhelm Potthast aus Möllenbeck wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode. Erst nach dem Plaidoyer des Staatsanwalts legte der Mörder, der bis dahin stets geleugnet hatte, ein Geständnis ab.

Turnen, Sport und Spiel.

Das Fahnenschlagen.

Dem Aachener Geschichtsverein wurde in voriger Woche auf einem wissenschaftlichen Ausfluge nach Gangelt, einem kleinen altertümlichen Städtchen dicht an der holländischen Grenze, das alte, einst weitverbreitete Spiel des Fahnenschlagens vorgeführt. Nach dem Takt einer alten Melodie, von Trommlern und Pfeifern ausgeführt, entrollte der Fähnrich die historische Fahne. Wie ein leichtes Spiel folgten sich in vollendeter Harmonie die rhythmischen Bewegungen des Fahnenschlägers, der selbst beim schnellsten Schwingen keine unschöne Linie, keine Andeutung der Mühe und des Ermattens zeigte und bis zum Schluß die Fahne faltenlos entrollt hielt. Es wäre zu wünschen, daß dieses uralte Spiel, welches heute nur in ganz vereinzelten Orten in Westfalen und Rheinland ein verborgenes Dasein führt, wieder zum neuen Leben erweckt würde.

Theater und Musik.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

Infolge Erkrankung mehrerer Mitglieder muß die für Samstag angekündigte Erstaufführung der Operette „Frau Bärbele" vom Spielplan abgesetzt werden. An deren Stelle wird die Oper „Der Freischütz" gegeben.

Wirtschaftlicher Teil.

Preisermäßigung für Schrauben. Die Preise für die stärkeren Sorten Handelsschrauben, Muttern und Anschweißenden wurden durch die Handelsschraubenvereinigung in Düsseldorf um 50 bis 200 Prozent brutto ermäßigt, in dem die Aufschläge je nach Sorten mit Wirkung vom 20. dieses Monats entsprechend abgesetzt wurden. Die Aufschläge betragen nunmehr: für Maschinenschrauben 11 Millimeter und stärker 800 Prozent (gegen 850 Prozent bisher), Radschrauben 11 bis 12 Millimeter 900 (1000) Prozent, Schlüsselschrauben 10 Millimeter und stärker 750 (800) Prozent, Schloß- und Hütchenschrauben 11 Millimeter und stärker 900 (1000) Prozent, Anschweißenden 1100 (1300) Prozent, Muttern 1100 (1250) Prozent. Die übrigen Sorten bleiben unverändert.

Beseitigung der Tabakbewirtschaftung. Durch eine demnächst erscheinende Bekanntmachung über die Aufhebung der Bewirtschaftung von Rohtabak werden die zwangswirtschaftlichen Bestimmungen beim Tabak vom 1. Juli 1921 an aufgehoben. Damit wird die in der Rohtabakverordnung vom 10. Oktober 1916 angeordnete Beschlagnahme des inländischen Tabaks beseitigt. Es fällt damit auch die zurzeit noch bestehende Kontingentierung der Tabakindustrie fort. Da gleichzeitig auch die Beschränkung in der Einfuhr von Rohtabaken in Wegfall kommt, ist künftig die Tabakindustrie durch behördliche Maßnahmen im Einkauf und in der Verarbeitung nicht mehr beschränkt. Durch Aufhebung der Tabakzwangswirtschaft werden jedoch die im Tabaksteuergesetz enthaltenen Bestimmungen nicht berührt.

Der Goldstrom nach Amerika. „Chikago Tribune" meldet aus Washington: Nach den Erklärungen des Schatzamtes beträgt der Goldbestand der Vereinigten Staaten in privater und öffentlicher Hand gegenwärtig annähernd drei Viertel des gesamten Goldbestandes der Welt.

Das Geld wird billiger in England. Die Bank von England hat den Diskont von 6½ auf 6 Prozent herabgesetzt.

Konkurrenz in Drahtware. In der zu Hagen stattgefundenen Geschäftskommissionssitzung der Drahtkonvention wurde die Ueberleitung der Deutschen Drahtkonvention in eine wirtschaftliche Vereinigung beschlossen. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, die Preise ab 1. Juli freizugeben.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtlich Auszahlungen		27. Juni Geld	27. Juni Brief	28. Juni Geld	28. Juni Brief
Holland	100 Gulden =	2467 50	2472 50	2407 50	2412 45
Belgien	100 Frk. =	596 90	59 10	586 90	589 10
Norwegen	100 Kr. =	1073 90	1076 10	1043 90	1046 05
Dänemark	100 Kr. =	1271 20	1273 8	1233 75	1236 25
Schweden	100 Kr. =	1695 80	1698 20	1629 35	1626 65
Finnland	100 fin. M. =	122 85	123 15	120 35	120 65
Italien	100 Lire =	372 10	372 90	357 10	357 90
England	1 Pfd. St. =	279 20	279 80	273 20	273 80
Amerika	1 Dollar =	74 42	74 58	72 67	72 83
Frankreich	100 Frk. =	600 85	602 15	588 40	590 60
Schweiz	100 Frk. =	1236 70	1239 30	1213 75	1216 25
Spanien	100 Pes. =	000 00	000 00	959 60	961 00
Oesterreich	100 Kr.	13 53	13 57	12 88	12 92

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil: Wilh. Herkenrather, beide in Gevelsberg.



Todes-Anzeige.

Gestern abend 8 Uhr entschlief sanft nach kurzem, aber schwerem Leiden mein lieber unvergesslicher Vater und Schwiegervater, unser herzensguter Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Fritz Kann

im Alter von 75 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

Herm. Hammer und Frau
Laura geb. Kann
und 3 Enkelkinder.

Gevelsberg, Hagen, Langerfeld und Asbeck, den 28. Juni 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Rosendahler Straße 12 aus, statt.



Todes-Anzeige.

Heute nachmittag 3½ Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unser liebes hoffnungsvolles Söhnchen und Enkelchen

Curt

im zarten Alter von 9 Wochen.

Dieses zeigen an mit der Bitte um stille Teilnahme

Hugo Herlethaus u. Frau
(Postlagern Mosel)
Familie Ewald Haus,
Familie Julius Herlethaus.

Hünsborn b. Börde u. Gevelsberg, den 27. Juni 1921.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Sterbehause Hünsborn b. Börde, Milspet Straße 28 aus, statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben, unvergesslichen Gatten und Vaters, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Vereinen und besonders der Firma Gebr. Schürhoff unsern tiefgefühlten Dank.

Ww. Wilhelm Seibel
nebst Kindern.

Gevelsberg, den 29. Juni 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen unseren tiefgefühlten Dank.

Frau Ww. Otto Rauhaus u. Kinder.

Gevelsberg, den 29. Juni 1921.

Trauerbriefe und Danksagungskarten
werden schnellstens angefertigt Phil. Baltin.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Bibelstunden:

Mittwoch abend Hohlenhäuser Str. 31. (Buchert.)
Donnerstagabend Wittener Straße 116. (Wichtenplatz.)
Stadtm. Tittgemeyer.

G.G.-V.
Abteilung
Gevelsberg.

Unsere Mitglieder werden hierdurch zu dem am Donnerstag, den 30. Juni, ab 5 Uhr nachmittags in den Anlagen des Forsthauses im Zwischenakt stattfindenden

Sommerfest

herzlichst eingeladen.

Freunde unserer Sache sind willkommen.

Frisch auf!
Der Vorstand.

Möbl. Zimmer
mit oder ohne Beköstigung gesucht.
Angebote unter D. 88 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Forderungen aller Art
werden von erfahrenem Kaufmann energisch und kostenfrei beigetrieben, evtl. gegen sofortige Kasse käuflich übernommen. Prima Referenzen. Gefl. Angebote an **Schließfach Nr. 174** in **Hagen** erbeten.

Wie sind morgen Donnerstag den 30. ds. Mts., nachm. von 4 Uhr ab, beim Gastwirt **Alb. Kämper** am Ufer, mit einer Auswahl

prima Ferkel u. Läuferschweine

und verkaufen dieselben zu den billigsten Tagespreisen.

Hierzu laden ein
Völker & Isenberg,
Gütchesse. Telephon 851.

Welche Vernickelei
kann noch Fahrradteile zum Schleifen und Vernickeln im Lohn übernehmen?
Postfach 33, Gevelsberg.

Oberschlesier-Hilfswerk

in Gevelsberg.

Das Deutsche Rote Kreuz hat sich mit den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier und dem Bund der deutschen Grenzmarkenschutzverbände vereint zu dem

Oberschlesier-Hilfswerk.

Zur Durchführung des großen Hilfswerkes werden alle Deutschen ohne Unterschied der Partei, des Bekenntnisses und des Standes aufgerufen!

Ein

Oberschlesier-Hilfstag

soll **Sonntag, den 3. Juli 1921,** im ganzen deutschen Reiche veranstaltet werden. Gevelsberg hat bereits durch seine Sammlung am Blumentage, dem 12. Juni, eine erfreuliche Gabe zum großen Werke beigesteuert. Aber noch einmal wollen wir uns mit allen deutschen Volksgenossen in Reih und Glied stellen, um die furchtbare Not unserer oberschlesischen Brüder und Schwestern lindern zu helfen. Das Elend ist unsagbar! Wir **dürfen** die Bedrängten nicht im Stich lassen! Darum gebt am Sonntag, dem allgemeinen Sammeltage, gebt gern, gebt reichlich, denket daran, daß die Oberschlesier für uns alle gelitten haben und noch leiden, und daß es immer noch ein Ruhmestitel Gevelsbergs gewesen ist, bei jedem Hilfswerk an vorderster Stelle zu stehen!

Gevelsberg, im Juni 1921.

Der Vaterländische Frauenverein. **Der Oberschlesier-Verein Gevelsberg.**

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung A, Nr. 727, ist heute die Firma „Friedrich Goertzen" in Gevelsberg und als deren Inhaber der Kaufmann Friedrich **Goertzen** zu **Gevelsberg** eingetragen.

Schwelm, den 24. Juni 1921.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung A, Nr. 340, ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft „Gebrüder **Hahlinghausen Steph & Eichmann**" in Hahlinghausen folgendes eingetragen:

Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft wird unter unveränderter Firma von dem früheren Gesellschafter, Fabrikant **Wilhelm Steph** zu **Hahlinghausen**, fortgesetzt.

Schwelm, den 24. Juni 1921.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung A, Nr. 416, ist heute bei der Firma **August Müller & Cie.** in **Schwelm** eingetragen, daß das Geschäft, nachdem der Inhaber Fabrikant **Ernst Müller** in Schwelm verstorben ist, von seiner Witwe **Emma** geb. Bisplinghoff, in fortgesetzter ehelicher Gütergemeinschaft mit ihren **Kindern** [illegible] und **Margarete Helene** Müller unter unveränderter Firma fortgesetzt wird. Dem Kaufmann **Felix Müller** in **Schwelm** ist Prokura erteilt.

Schwelm, den 24. Juni 1921.

Das Amtsgericht.

Erstes Gevelsberger Musik- u. Sporthaus
Rudolf Backhaus
empfiehlt für die
Sportsaison
alle in Frage kommenden
Sport- und Turngeräte, Sportbekleidung, Sportschuhe (erstklassige Qualitäten).
Badezeit
Badeanzüge, Badehosen, Badehauben, Strandschuhe, Wasserbälle,
Wanderzeit
Rucksäcke, Kochgeschirre, Wanderbekleidung.
Violinen — Mandolinen — Guitarren — Lauten
in größter Auswahl.
Qualitätsware! Mäßige Preise!
Beachten Sie meine Schaufenster- und Innenausstellungen.

Sparkasse der Stadt Gevelsberg und des Amtes Ennepe
zu Gevelsberg.
Kassenstunden: 8—1 Uhr.
Reichsbankgirokonto — Konto bei der Landesbank in Münster. Postscheckkonto Cöln Nr. 16767 und Hannover Nr. 57503.
Hauptstelle: Gevelsberg, Rathaus, Zimmer 8. Fernspr. 400.
Zweigstelle: Milspe, Boerder Str. 21. Fernsprecher 751.
Annahme von Spareinlagen bei täglicher Verzinsung. Anlagestelle für Mündelgelder. Ausgabe von Heimsparbüchsen. Einziehung von Spareinlagen.
Eröffnung von Depositen- und Konto-Korrent-Konten mit Giro- und Scheckverkehr und Kreditgewährung gegen Sicherstellung. Ausführung von Daueraufträgen, gebührenfreie Zahlung von Steuern, Mieten, Schulgeld und dergl. für Girokunden.
Einziehung von Schecks und Wechseln. Ausgabe von Reisekreditbriefen. Stellung von Accreditiven.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und verschlossene Depots). An- und Verkauf von Wertpapieren, Vermietung von Schrankfächern.
Beleihung von Wertpapieren und Sparbüchern.
Ausgabe von Hypotheken-, Faustpfand- und Bürgschafts-Darlehen.

von der Heydt-Kersten's Bank
Amsterdam
Keizersgracht 520-522
Agenten des Barmer Bank-Vereins
HINSBERG, FISCHER & COMP.
Telegrammadresse: Heykerbank
Fernsprechamt: Buchstabe J (Jot)
Ausführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen mit Holland u. Übersee.
Eröffnung von laufenden Rechnungen in Gulden- oder Mark-Währung.
Akkreditierungen.

Einkoch-Apparate
Einkochgläser in allen Größen
empfehlen zur gefl. Abnahme
Carl Schönebeck & Sohn
Mittelstraße 70.

Tüchtiger, an ein selbständiges Arbeiten gewöhnter
Modellschlosser,
möglichst unverheiratet nach auswärts, ländliche Gegend gesucht. Angebote unter R 632 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junges Mädchen, welches d. Handelsschule mit bestem Erfolg besucht hat, sucht
Anfangsstelle
a. einem Kontor. Angeb. u. B. F. a. d. Bergstr. d. Ztg.

Teilzahlung
Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Covercoats
Gummimäntel
Kinder-Anzüge
Herren- und Damenstoffe
Hessei
Slamosen
Gardinen usw.
Neu eingetroffen:
Damen-Konfektion
Volle-Blusen
Kleiderröcke.
H. Seidemann
Hagen i. W.
Altenhagener Brücke 3.
Bequeme Abzahlung.

Fast neuer dunkler
Sommerpaletot
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

1 große Waschmaschine 100 Mk., 1 großer guterh. 2-türiger Kleiderschrank, 1 gepolstertes Fußbänkchen 10 Mk. Nehme andere Sachen in Tausch.
Reinh. Schmidt, Neustr. 16. Schreinerei.

Wenig gebrauchtes, gut erhaltenes Fahrrad m. Rücktrittbremse, Freilauf u. sämtl. Zubehör billig zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsst.

Glucke
zu kaufen oder zu leihen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

Strebsamer Geschäftsmann sucht zwecks Erweiterung seines Geschäfts
4000—5000 M.
Sicherheit vorhanden.
Angebote unter D. 66 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Warnung.
Ich habe in meinem Garten Gift gelegt.
Hugo Fuchs,
Unterbraker 27½.

1 Bademeister
sofort gegen hohen Lohn gesucht.
Stremme, Strandbad.

Suche per sofort ein ordtl.
Morgenmädchen oder Frau
als Zweitmädchen gegen hohen Lohn und eventl. Fahrtvergütung. Vorstellung vormittags erwünscht.
Hagener Straße 256.

Suche sofort ein tüchtiges
Mädchen.
Frau Adolf, Krämer, Altenhagen 52.

Schleifer
(Schleifer, Polierer) sucht Stellung als Meister. Angebote unter Z. 24 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Für Wandervögel!
Militärbrotbeutel sind zu haben
Hagener Straße 73.

Guterhaltener Reisehund zu verkaufen.
Lessingstraße 12.

Ein schönes
Mutterkalb
zur Aufzucht zu verkaufen.
Wittener Straße 122.

In 1½ Stunde beseitigen Sie unter Garantie lebende
Läuse-Plage
auch Filzläuse i. Bart (Rasieren) bei Mensch u. Tier nur m.
Eckolda Für Wunden d. Haut unschädl.
Garantiert sicher wirkende Radikalmittel gegen
Wanzen Eckolda B | **Kakerlaken** Eckolda C | **Holzwurm** Eckolda D
Zu beziehen d. d. Erste Bielefeldische Einsiedler-Reform-Reinigungs- und Desinfektions-Anstalt, Essen, und in
Gevelsberg: Drogerie A. Schermund, Mittelstraße 79; Gevelsberg-Haus: Drogerie W. Dämmer, Hagener Str. 83; sonst portofrei von C. Neuteamp, Essen, Lindenallee 72.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie Kopf-, Filz- u. Kleiderläuse i. Bart (Rasieren), Filzläuse bei Mensch u. Tier „Kampolda" pat. gesch. Mittel. Wanzen unschädl. Nichterfolg Geld zurück. Nur eine Packung von der Anzeigen-Vertilgungs-Anstalt Essen. Für 3 Pers. ausreichend. Obiges Mittel empfiehlt Friseur Sauer, Hagener Straße.